

Ist die Initiative "Albatros" nötig?

(CVP/es.) Das Volksbegehren "gegen die Luftverschmutzung durch Motorfahrzeuge", auch "Albatros" genannt, kommt am 25. September 1977 zur Abstimmung. Die Initiative sieht vor allem die Verschärfung der Abgasvorschriften für Neuwagen auf den 1. Januar 1977 vor. Grundsätzlich wird das Ziel der Initiative nicht nur von Umweltschützern befürwortet. Auch der Bundesrat ist sich bewusst, dass die Schadstoffe in den Abgasen von Motorfahrzeugen reduziert werden müssen. Deshalb strebt er in einem Bericht beinahe die gleichen Grenzwerte, wie sie die Initiative vorsieht, bis 1982 an.

Verschärfung der Abgasvorschriften nötig.

Dies ist auch die Ansicht des Bundesrates. Die Initiative "Albatros" hingegen ist nicht nötig, weil mit den vom Bundesrat vorgesehenen Grenzwerten ohne politische Abenteuer praktisch die gleichen Resultate erzielt werden, mit dem Unterschied, dass dies auf realistische Weise geschieht. Denn bei einer Annahme der Initiative wäre mit schwerwiegenden volkswirtschaftlichen und handelspolitischen Nachteilen zu rechnen. Es wäre nur einer beschränkten Zahl von Autoherstellern möglich, innerhalb der von den Initianten geforderten kurzen Frist solche Fahrzeuge zu liefern, die den verschärften Vorschriften angepasst wären. Das Angebot und somit die Wahlmöglichkeit würde stark eingeschränkt. Gleichzeitig wären die übriggebliebenen Anbieter in der Lage, wegen ihrer monopolähnlichen Marktstellung die Preise zu erhöhen.

Die Annahme der Initiative "Albatros" hätte aber nicht nur für den Käufer nachteilige Folgen. Auf dem Arbeitsmarkt müssten empfindliche Auswirkungen entgegengenommen werden. Die Importeure jener Fahrzeuge, deren Hersteller den neuen Vorschriften in dieser kurzen Zeit nicht entsprechen könnten, müssten eine starke Behinderung in der Ausübung ihres Gewerbes in Kauf nehmen. Die Folge davon wäre eine weitere Verschärfung der Beschäftigungslage im Automobilhandel und -gewerbe sowie der damit ./. .

zusammenhängenden Betriebe. Zudem ist zu befürchten, dass jene Staaten, die wegen den voreiligen Vorschriften nicht mehr oder bedeutend weniger Fahrzeuge in die Schweiz liefern könnten, Gegenmassnahmen ergreifen würden. Dies hätte zur Folge, dass die schweizerische Exportindustrie und mit ihr auch weitere Wirtschaftskreise in der Zeit der Rezession erhebliche Opfer auf sich nehmen müssten.

Ziel: ja - Weg: nein

Betrachtet man den realistischen Weg des Bundesrates, um die Schadstoffe in den Abgasen von Motorfahrzeugen zu reduzieren, lohnen sich derartige volkswirtschaftliche und handelspolitische Risiken, wie sie durch die Annahme der Initiative entstehen würden, nicht. Der Weg der Initianten, obwohl das Ziel grundsätzlich begrüßenswert ist, ist nicht gangbar. Unrealistische Lösungen, die in derartiger Weise in die ohnehin angeschlagene Wirtschaft greifen, sind nicht nur gefährlich, sondern unverantwortlich. Die Initiative "Albatros" ist nicht nötig, man erreicht das gleiche Ziel auf vernünftiger Weise auch.